

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Berlin, 15. August.

In Augsburg hat, wie bereits erwähnt, am 5. d. M. eine Arbeiterversammlung stattgefunden, deren Ergebnis nicht nur für unsere Parteigenossen, sondern, Angesichts der brennenden Frage in Deutschland, auch für weitere Kreise von hohem Interesse sein dürfte. Einheit Deutschlands durch Preußen, nicht süddeutsch-particularistische Zersplitterung! — das ist der Ruf, der aus dem fernen Süden, aus Augsburg, dem Siege des „Bundestages“, zu uns herüberkamt.

Nachstehender Bericht über die Versammlung, von der auch die sonstige Presse durch Abdruck der gefaßten Resolution bereits Notiz genommen, ist uns aus Stuttgart zugegangen:

K. Sonntag, den 5. d. M., fand in dem geräumigen Saale des Rathhofes „In den drei Königen“ in Augsburg eine sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung statt. Dieselbe war von dem dortigen „Arbeiter-Central-Ausschuß“ ausgeschrieben worden, welcher theils aus keinem Vereine angehörenden Arbeitern der verschiedensten Gewerbezweige und Fabriken, theils aus Mitgliedern aller Augsburger Arbeitervereine (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Arbeiterbildungsverein etc.) zusammengesetzt und daher in jeder Beziehung als eine Repräsentation der gesammten lokalen Arbeiterbevölkerung anzusehen ist. Gegenstand der Verhandlung war: Besprechung über die gegenwärtige politische Lage Deutschlands, insbesondere Süddeutschlands und über die Bedeutung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts für den Arbeiterstand. Die Versammlung wurde eröffnet von dem Präsidenten des gegenwärtigen Centralausschusses, Herrn Oscar Schmiedrich, welcher in einer längeren Rede nachwies, daß es Pflicht der Arbeiter sei, sich der politischen Bewegung unserer Zeit zu bemächtigen, zunächst mit aller Kraft für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu agitiren, indem bloß auf diesem Wege die Lösung der socialen Frage möglich sei. Da aber der preussische Staat gegenwärtig dem Arbeiter die meisten Garantien biete, da ferner Preußen durch den gegenwärtigen Krieg seine Heberlegenheit und Bedeutung auf das Glänzendste bewiesen und da eine Trennung Norddeutschlands von Süddeutschland gleichbedeutend mit dem politischen wie ökonomischen Ruin unseres Vaterlandes sei, so empfahl er (Redner) der Versammlung die Annahme einer aus der Verhandlung des „Arbeiter-Central-Ausschusses“ hervorgegangenen Resolution. (Die Resolution wird verlesen.)

Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob Jemand für oder gegen die Resolution das Wort ergreifen wolle, meldete sich und erbielt zunächst das Wort Herr v. Hoffmann aus Berlin, derzeit in Augsburg aufweisend. Derselbe beleuchtete in ausführlicher, von häufigem Beifall unterbrochener Rede die gegenwärtige politische Situation als ein notwendiges Product der Zersplittertheit und Schwachheit der Parteien, welche sich fast durchgängig an dynastische Interessen anlehnen zu müssen; geglaubt und auf diese Weise ein selbstständiges Sichonhalten der nationalen Volkskraft, gegenüber den selbstthätigen Zwecken der Regierungen, unmöglich gemacht hätten. Zu den neuesten vorliegenden politischen Thatsachen übergehend, wies er nach, daß die Verhinderung einer dauernden Zweiteilung Deutschlands in eine selbstständige nord- und süddeutsche Staatschöpfung eigentlich nicht mehr vorliege, daß es aber nichts desto

weniger die Aufgabe einer wahrhaft deutsch-nationalen Volkspartei sein müsse, durch kräftige und nachhaltige Agitationen einen Druck auf die preussische Regierung einerseits und auf die noch bestehenden bleibenden Regierungen der seitberigen Bundesstaaten andererseits zum Zweck baldiger Verwirklichung einer bleibenden einheitlichen Staatschöpfung auszuüben. Im Weiteren verweise ich auf das beiliegende stenographische Protokoll der Rede.

(Die stenographische Anzeichnung, welche dem Beirichte beilag, lautet wie folgt:)

Meine Herren!

Es ist mir vergönnt, in dieser Ihrer Versammlung das Wort zu ergreifen, um über die gegenwärtige politische Lage des deutschen Volkes, insbesondere des süddeutschen, zu sprechen, und ich thue es mit Freuden in einem Augenblicke, wo von der Haltung des Volkes in Süddeutschland noch viel abhängen kann. Ich selbst bin ein Süddeutscher und kenne die Gefühle und die Gedanken, von welchen das Volk in Süddeutschland erfüllt ist. Es ist mir daher auch wohl bekannt, daß es theilweise und in vielfacher Hinsicht über seine wahren Interessen geflüstert im Unklaren erhalten worden ist, und ich werde später Gelegenheit nehmen, hierauf zurückzukommen. Vorerst lassen Sie uns einen Rückblick werfen auf die Ereignisse, die unmittelbar hinter uns liegen.

Was wir seit Jahrzehnten angestrebt haben, war die Herstellung der Einheit Deutschlands, d. h. die Zusammenfassung der vielfach zersplitterten Kräfte einer Reihe von mehr als dreißig, theils ohnmächtiger, theils miteinander habender Bundesstaaten in eine einheitlichere, mächtige Staatschöpfung, sei es in einen einzigen Staat, sei es in einen festen Bundesstaat mit Centralgewalt und gemeinsamer Vertretung, in eine Staatschöpfung also, die nicht durch ein so lockeres Band zusammengehalten würde, wie dasjenige war, welches unsere deutsche Bundesversammlung enthalte hat, über deren Werth keiner von uns in Zweifel sein wird. Jedermann hat sie verdammt, Jeder hat ihr das Urtheil gesprochen und über sie den Stab gebrochen; Fürsten und Volk sind darüber einig gewesen. Es ist kaum einige Jahre her, daß selbst der Kaiser von Oesterreich erklärt hat: Deutschland könne nicht mehr länger unter diesem lockeren Bunde bestehen, und daß er selbst ein Reform-Project in Vorschlag gebracht hat, welches freilich, wenn es zur Ausführung gekommen, nichts anderes gewesen wäre, als eine Beherrschung ganz Deutschlands durch das ultramontan-reactionäre Oesterreich. Aber weder von Oesterreich noch von Preußen konnten wir mit der Einheit auch die Freiheit erwarten. W. H.! Die Aufgabe der Nation war es vielmehr, die deutsche Frage zur Lösung und uns mit der Einheit auch die Freiheit zu bringen. Diese Aufgabe aber hätte meines Erachtens nur dann gelöst werden können, wenn man sich an keine der vorhandenen Regierungen, an keinerlei dynastische Interessen angelehnt, sondern eine radical-nationale Partei gebildet hätte,

welche im günstigen Augenblicke die Frage der Nation aus eigener Initiative zur Lösung hätte bringen können. (Bravo.) Leider ist es nicht so gekommen, konnte es nicht so kommen. Denn die Einen im Norden sprachen: Preußen muß an die Spitze Deutschlands und die Andern im Süden schreien — wohl wissend, weshalb — nach einer österröischen Spitze, und wieder Andere meinten, es müsse eine Dreieit, eine Trias-Gruppe, unter Bayerns Führung entstehen, damit nur ja alle Souveränitäts-Rechte der Fürsten bestehen bleiben könnten. Unter solchen Umständen, m. H., ist es sehr begreiflich, daß in der Nation kein Vertrauen in die eigene Kraft aufkommen konnte und daß die Regierungen es wagen durften, die deutsche Frage zu ihren Zwecken auszubenten. Weshalb aber, so muß man fragen, haben selbst diejenigen Parteien, die sich die demokratische und die liberale Parteien in Deutschland nennen, es nicht zu einer radicalen Haltung bringen können? Weshalb, m. H.? Ich behaupte: weil sie eine Revolution gefürchtet haben; (Bravo) weil sie gefürchtet und gewagt haben, daß im Grunde ihre Interessen eng verknüpft sind mit den Interessen der bestehenden Gewalten. Denn, glauben Sie mir, m. H., nicht Alle, die für Freiheit und Gleichheit sprechen, und dafür zu kämpfen vorgeben, wollen von Freiheit und Gleichheit in ihrem vollsten Umfange etwas wissen. Nein, nach der Meinung und dem Willen jener „Freiheits- und Gleichheitskämpfer“ sollen Freiheit und Gleichheit nur für Jene sein, welche ohnehin schon durch die jetzt bestehenden Verhältnisse geschützt und bevorrechtet sind; die Freiheit und die Gleichheit sollen sich nur auf eine gewisse Gesellschaftsclasse erstrecken! (Bravo.) Weshalb, m. H.! haben wir die dynastische Saat, die man ausgesät hat, jetzt aufkeimen und einen blutigen Bruderkrieg entstehen sehen, der sonst nicht möglich geworden wäre. Wohl wäre, bei günstiger politischer Constellation in Europa, möglich gewesen eine Revolution, also auch ein Bürgerkrieg, aber ein Krieg des Princips der Zukunft, des Freiheits- und Gleichheits- und des Nationalitäts-Princips gegen das des Bestehenden, gegen das Princip der Bevorrechtung und der dynastischen Gewalt, nie und nimmermehr aber der Kampf willensloser Elemente gegen andere willenslose Elemente, der Bruderkrieg, gekämpft von deutschen Heeren, gehorchend dem Wink der Machthaber, gekämpft von deutschen Kriegern, zum Theil unbekannt mit den Zielen und Zwecken dieses Kampfes und zum Theil darüber geläuscht! (Bravo.)

Aber, m. H.! wir müssen die Thatsachen nehmen, wie sie sind. Wir haben einen Krieg hinter uns, in welchem — freuen wir uns dessen — nicht Oesterreich und die Mittelstaaten, sondern Preußen gesiegt hat. Wir müssen also unser Bestreben in diesem Augenblicke darauf richten, daß wir das Unheil, welches uns von Preußen drohen, welches von dort kommen könnte, möglichst abzuwenden suchen und daß wir bemüht sind, das Gute herbeizuführen.

das unter solchen Umständen doch noch denkbar ist. Wie aber, m. H., kann dies geschehen?

Der Herr Vorsitzende hat Ihnen eine Resolution zur Annahme vorgelegt, in welcher ich unter Anderm auch den Satz gehört habe, daß eine Theilung Deutschlands — es ist darunter wohl eine solche nach der Main-Linie verstanden — ein großes nationales und volkswirtschaftliches Unglück wäre. Und in der That wäre es dies. Aber zu unserer Freude haben wir bereits die Wahrnehmung machen können, daß dieses Unglück nicht in seinem vollen Umfange hereinbrechen werde. Der preussische „Staats-Anzeiger“, das offizielle Organ der preussischen Regierung, hat vor wenigen Tagen, unterm 1. August, die Friedens-Präliminarien mitgetheilt, und die Grundlagen erörtert, auf welchen diese Friedens-Präliminarien fußen. Der preussische „Staats-Anzeiger“ hat in dieser seiner Ausführung constatirt, daß Oesterreich nicht bloß seine Zustimmung zur Errichtung eines norddeutschen Bundes, sondern auch zu der eines süddeutschen Bundes erteilt, und daß es sich jeder Einsprache, in irgend einer Weise mit letzterem in Verbindung zu treten, begeben hat. Der preussische „Staats-Anzeiger“ legt ein besonderes Gewicht darauf, daß Oesterreich eingewilligt hat, diese Reorganisation Deutschlands ohne seine Theilnahme geschehen zu lassen, daß aber der Vertretung des Südbundes vorbehalten wurde, sich mit dem Nordbunde über sein Verhältniß zu diesem zu verständigen. Und dies, m. H., ist die Hauptsache, dies ist das Tröstliche, daß wir sehen, daß doch noch nicht Alles verloren ist, und daß allerdings die Stimme des Volkes in Süddeutschland noch einen Einfluß üben kann und soll auf die Haltung seiner Regierungen. Die Gefahr einer bleibenden Zweitheilung Deutschlands liegt also eigentlich nicht vor.

Machen wir uns, m. H., um dies zu begründen, klar, was eine solche Zerreißung Deutschlands durch die Main-Linie eigentlich gewesen wäre. Eine solche Zerreißung Deutschlands durch die Main-Linie als dauernde Trennung der Nation wäre, meines Erachtens, nur auf zweierlei Weise möglich gewesen: entweder dadurch, daß Oesterreich und Preußen auf friedlichem Wege sich über eine Theilung Deutschlands verständigt hätten, oder, wenn in diesem ausgebrochenen Kriege die Entscheidung des Sieges zweifelhaft geworden, wenn bald Preußen, bald Oesterreich siegreich gewesen wäre und sie sich also schließlich abermals über eine solche Theilung Deutschlands hätten einigen können, so daß, in beiden Fällen, der Schwerpunkt der Interessen Norddeutschlands nach Berlin, und der der Interessen Süddeutschlands nach Wien gefallen wäre, als nach zwei Centralpunkten, um die sich zwei selbstständige große Staaten mit wesentlich verschiedenem Individualcharacter gruppirt hätten. Nunmehr aber, m. H., kann ein solcher Dualismus unmöglich Platz greifen. Preußen erlangt durch diesen Friedensschluß eine solche Ueberlegenheit, auch über den süddeutschen Bund, daß dieser ein selbstständiges individuelles Leben im eigentlichen Sinne nicht mehr führen können, und daß auch ferner alle nationalen Bestrebungen auf Preußen gerichtet sein werden. Von einer eigentlichen Scheidung durch die Main-Linie kann also wohl nicht mehr die Rede sein und jedenfalls werden die nachtheiligen politischen und volkswirtschaftlichen Folgen einer einstweiligen Scheidung nicht so groß sein, als sie durch eine Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich gewesen wären. Dennoch aber kann ein schweres Unheil treffen; so kann — und schon hört man davon — der Zollverein, das einzige Band, welches bisher factisch, d. h. in Wirklichkeit, Deutschland zusammengehalten hat, aufgelöst, es können neue Zollschranken gezogen werden, die große Nachtheile für die Interessen des Handels und der Industrie, besonders von Süddeutschland, hervorrufen müßten. In einem geringeren Grade würden die unheilvollen Folgen allerdings auch den Norden treffen, aber, m. H., die Interessen des Südens würden dadurch noch mehr verletzt. Es muß also unsere, des gesamten Volkes, Aufgabe in diesem Augenblicke sein, vorzüglich darauf hinzuwirken, daß nicht die materiellen Interessen des Südens durch

eine Auflösung des Zollvereins tief geschädigt werden. Wir müssen jetzt von den Nachhabern des Südens verlangen, daß sie, nicht beharrend auf ihren partikularistischen Interessen, dazu beitragen, das Verbrechen zu sühnen, welches man an deutschen Volke durch die Theilnahme an diesem Bruderkriege begangen hat, indem sie sich nunmehr bereit zeigen, mitzuwirken am nationalen Einigungswerke dadurch, daß auch sie endlich ein Opfer niederlegen auf den Altar des gemeinsamen Vaterlandes. Dies, m. H., ist jetzt unsere Aufgabe. Ich erlaube mir daher, Ihnen ein Amendement vorzuschlagen, einen kleinen Zusatz zur vorzulesenden Resolution, mit der ich im Wesentlichen vollkommen einverstanden bin, den Zusatz nemlich, der eine solche entschiedene Mahnung an die Nachhaber enthält und in welchem Sie ausgesprochen, daß es die Pflicht der Fürsten ist, auch ihrerseits zum Zustandekommen des deutschen Einigungswerkes beizutragen. (Bravo!) Es ist dies die Pflicht jener Nachhaber um so mehr, als allerdings in diesem Augenblicke noch Gefahren für uns vorliegen in politischer wie in volkswirtschaftlicher Beziehung. Was die ersteren betrifft, so glaube ich ganz besonders auf Oesterreich hinweisen zu müssen, wo man schon jetzt der Meinung ist, Oesterreich müsse, seitdem es ausgetreten ist aus dem deutschen Verbände, von nun an Deutschland niederhalten und sich mit Frankreich zu verbinden suchen. Ein clericales Blatt in Oesterreich ist es, welches sich „der österreichische Volksfreund“ nennt, und welches vor wenigen Tagen jene Aeußerung gethan, indem es sagte:

„Unser klares Interesse ist jetzt, Deutschland nicht übermächtig werden zu lassen, und unsere Integrität, die politische Machtstellung gegen dasselbe, zu behaupten. Daß unsere Interessen dabei mit denen Frankreichs Hand in Hand laufen, liegt am Tage.“

So meine Herren, spricht ein Blatt, welches in deutscher Sprache und von Deutschen geschrieben wird. So versteht man in Deutschösterreich die deutschen Interessen, so etwas wagt man in einem deutschen Lande zu sagen. In einem deutschen Lande! Ja, meine Herren, denn Deutschösterreich hat dadurch, daß der österreichische Kaiserstaat aus dem deutschen Staats-Verbande ausgeschieden ist — ausgeschieden aus eigener Schuld — nicht aufgehört zu Deutschland zu gehören, und es wird und kann nicht aufhören, seine Wiedervereinigung mit Deutschland anzustreben. In die Aufgabe des gesamten deutschen Volkes, die Aufgabe der Deutsch-Österreicher ganz besonders muß es sein, die Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland sobald als thunlich herbeiführen zu helfen. (Bravo.) Und man weiß das in Oesterreich, meine Herren, man täuscht sich dort darüber nicht. Schon haben es österreichische Zeitungen ausgesprochen: Deutsch-Österreich werde von nun an die Lombardei und das Venetien Deutschlands werden, und der Kaiser möge sich wohl versehen, daß er nicht auch diese Provinzen verliere, wie er Venetien und die Lombardei verlieren mußte. (Bravo.) Wenn aber schon Deutsche so sprechen, wie jenes ultramontane Blatt in Oesterreich es gethan hat, meine Herren, wessen sollen wir uns dann erst vom Auslande versehen?! Was wird Rußland, was wird vor Allem Frankreich in Zukunft thun? Wenn der Kaiser von Frankreich jetzt noch zurückgehalten hat mit einer kaiserlichen Intervention, so ist dies aus verschiedenen Gründen geschehen, so wie man annehmen darf, unter Anderem auch deshalb, weil er in diesem Augenblicke nicht die materiellen Interessen Frankreichs gefährden mag. Außerdem aber suchte Napoleon eine Einmischung in den Krieg und die Herbeiführung eines europäischen Brandes hauptsächlich wohl darum zu vermeiden, weil er — und mit Recht — befürchtet, durch einen Krieg eine ihm unliebsame Veränderung der gegenwärtigen, ihm günstigen Parteilstellung im eigenen Lande herbeigeführt zu sehen, und weil er überhaupt einen Krieg fürchtet, der, bei ungünstiger Wendung, die Zukunft seiner Dynastie in Gefahr bringen könnte. Aber, meine Herren, glauben Sie nicht, daß die Franzosen, die freilich mit dem Freiheits- und Nationalitäts-Streben aller Völker sympathisiren, zu allen Zeiten

die Macht und Einheit Deutschlands gleichgiltig ansehen werden. Schon jetzt sind — wie Ihnen bekannt sein wird — gewichtige Stimmen in Frankreich laut geworden, welche eine ernstliche Einigung Deutschlands als eine Gefahr für Frankreich hingestellt haben, und diese Stimmen werden wir auch in Zukunft noch entschiedener hören; denn die Franzosen sind eine selbstgefällige, stolze Nation, welche gewohnt ist, die erste Rolle in Europa zu spielen, und die es nicht gleichgiltig mit ansehen wird, wenn die deutsche Nation — was, wie wir mit berechtigtem Selbstgefühl behaupten dürfen, unvermeidlich wird sein müssen — an die Stelle der französischen tritt. Die Franzosen sind in erster Linie Franzosen und dann erst Demokraten und Schwärmer für die idealen und materiellen Interessen der andern Völker. Lernen wir von den Franzosen, meine Herren! Seien wir auch in erster Linie Deutsche, und dann erst alles Uebrige. (Bravo.) Drauf, meine Herren, werden auch wir unser Ziel erreichen. (Bravo.)

Es bleibt mir noch übrig, meine Herren, zu sprechen über das, was wir für die nächste Zukunft von Preußen zu erwarten haben. Täuschen wir uns darüber nicht, meine Herren, sondern sprechen wir ungeheiß die volle Wahrheit aus: nicht die Freiheit ist es, die uns in diesem Augenblicke wenigstens Preußen bringen kann. Aber das wußte man ja von jeher; darum hätte man nicht so sehr auf Preußen seine einzige Hoffnung bauen, sondern auf sich selbst und auf die Thatkraft der Nation vertrauen sollen. Dann hätten, wie schon einmal gesagt, weder Preußen noch Oesterreich es gewagt, einen solchen Krieg zu führen. Aber das ist vorüber, meine Herren, das vermögen wir nicht mehr zu ändern! Wenden wir uns vielmehr zu den vollendeten Thatfachen, zur Wirklichkeit. Da sehen wir in diesem Augenblicke Preußen nur noch wenige Schritte vor dem Ziele der Nation — der Herstellung der absoluten nationalen Einheit — plötzlich Halt machen und so gewissermaßen nur ein halbes Werk vollbringen und den Tadel der Nation auf sich laden, nichts Ganzes und nichts wahrhaft Großes, sondern nur die eigene Erweiterung gewollt zu haben. Suchen wir uns dieses räthselhafte Verhalten zu erklären. Preußen hat dies wohl theils deshalb gethan, weil es die Intervention des Auslandes ernstlich zu befürchten hatte, und weil es deshalb die Interessen, welche durch die Verschwägerungen der auswärtigen Dynastien mit den verschiedenen deutschen Fürstenhäusern bedingt sind, nicht zu sehr und auf einmal verletzen wollte, theils aber — und wohl hauptsächlich — weil es fürchtet, daß das Volk des Südens, ein stürzenderes, schwerer zu bewältigendes Element sein könnte, als das im Norden, das, wenn es einmal den Kampf aufgenommen hätte, ihn energischer führen möchte, als er bis jetzt im Norden Deutschlands geföhrt zu werden pflegte; endlich aber weil Preußen das, was man den specifisch preussischen Staats-Geist nennen kann, aufrecht erhalten, und so vermeiden will, daß dieser Staatsgeist Gefahr laufe, unterzugehen und sich in einen neuen deutsch-nationalen Staatsgeist zu verwandeln. Aus diesem Grunde wird dann auch Preußen wohl noch geraume Zeit einer solchen Neugestaltung Deutschlands zu widerstehen suchen, durch welche es — Preußen — mit Auflösung bedroht werden könnte, also im vollen Sinne des Wortes „in Deutschland aufgehen“ müßte. Preußen muß daher unaufhörlich von der Nation dazu gedrängt, dazu gezwungen werden! Dies aber wird geschehen, meine Herren, wenn überall in Deutschland und unablässig dafür agitirt wird. Dann kann Preußen, dann können alle Regierungen dem Verlangen des Volkes auf die Dauer nicht widerstehen, und das Ausland, meine Herren, wird sich wohl hüten, den Kampf mit dem deutschen Bösen aufzunehmen, denn die 36 Millionen-Nation, von Einem Willen gelenkt, hat keinen Staat zu fürchten, darf es getrost mit jeder Macht aufnehmen! (Bravo.) Aber nur dann, wenn das Ausland weiß, daß die Nation die Einheit will, wird es Achtung haben vor diesem Streben und wird es nicht wagen, eine einzelne Macht anzugreifen. (Bravo.) Um noch einmal von der Freiheit zu sprechen, meine Herren, die